

Krainhagen: Mehrheit für U3-Betreuung

Hitzig waren sie, die Diskussionen um die Nachnutzung der ehemaligen Außenstelle der Grundschule Krainhagen auf der Sitzung des Obernkirchener Stadtrats am Mittwochabend. Die Entscheidung: Dem Antrag der SPD, dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) das leerstehende Gebäude für die Betreuung von Unter-Dreijährigen und Senioren zu überlassen, wurde mit Unterstützung der Grünen/WIR mit 13 Stimmen bei 23 Ratsmitgliedern stattgegeben.

Obernkirchen. Demnach soll die Einrichtung ab den Jahren 2010/2011 bei der städtischen Vergabe von U3-Betreuungsplätzen berücksichtigt werden, die Kindergartengruppen in Obernkirchen sollen auf 24 Kinder reduziert und zehn weitere Hortplätze im Kindergarten am Kleistring eingerichtet werden. Am Anfang der Diskussion hatte Bürgermeister Oliver Schäfer (SPD) einen ganz anderen Antrag gestellt: Das Gebäude solle weiterhin leer stehen, da der SPD-Antrag „nicht finanzierbar“ sei angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage der Bergstadt. Schäfers Antrag sah vor, im Kindergarten am Kleistring die Hortplätze auf 30 aufzustocken und zwei komplette Kindergartengruppen (à 25 Kindern) in den Kindergärten in Vehlen und Krainhagen einzurichten. „In diesem Jahr“ solle jedoch „kein Einstieg in die U3-Betreuung“ gemacht werden, die Zeit solle für die Suche nach anderen Lösungen genutzt werden, so Schäfer. Das ehemalige Schulgebäude in Krainhagen könne jedoch nicht „diese Nutzung zu dieser Zeit“ bekommen. „Ein freier Träger ist ein Glücksfall für uns“, befürwortete Wilhelm Mevert (SPD) das ASB-Konzept, das vorsieht, im Erdgeschoss des Gebäudes eine Betreuung für Senioren und im ersten Stock eine U3-Betreuung sowie eine I-Gruppe einzurichten. Martin Schulze-Elvert, CDU/WGO-Gruppensprecher, nannte den SPD-Antrag „Wunschdenken“ und erinnerte an den laut ihm vorliegenden „Sachzwang“: „Wir können kein Füllhorn über Obernkirchen ausschütten.“ Die Regelkinder ließen sich in Obernkirchen unterbringen, über Alternativen müsse erst nachgedacht werden. Zudem sprach er sich klar gegen den ASB aus, warf ihm „rein finanzielle Interessen“ vor. Irmhild Knoche (Grüne/WIR) forderte, dass dem Bedarf der Eltern Rechnung getragen werden müsse. Jörg Hake von der SPD stellte die Frage, ob die bundesweite Vorgabe, bis zum Jahr 2013 Betreuungsplätze für 35 Prozent der Unter-Dreijährigen anzubieten, zu erfüllen sei. Es müsse überlegt werden, was außerhalb der Betreuungsdiskussion gestrichen und eingespart werden könne. Beate Krantz (CDU) nannte das ehemalige Schulgebäude nicht ökologisch und kindgerecht und forderte zudem eine zentralere U3-Betreuung. „Wir wollen so kinderfreundlich sein wie es nur geht“, sagte Horst Sassenberg (CDU) zum Schluss, „aber nur in unserem Rahmen.“ Neben dem Arbeiter-Samariter-Bund war auch die Johanniter-Unfallhilfe im Gespräch für ein Konzept für die Nachnutzung der ehemaligen Schul-Außenstelle – auch sie wollte dort eine Kinderbetreuung einrichten, allerdings ohne Seniorenbetreuung. In der Ratssitzung war diese Lösung jedoch kaum mehr Thema: „Das ASB-Konzept war schlüssiger“, so Schäfer anschließend in der Einwohnerfragestunde. mld